

Immer mehr urbane Armut und ländlicher Wohlstand im 21. Jahrhundert?*Räumliche Strukturen der verfügbaren Einkommen im Wandel (2000-2019)***INHALT**

	<i>Seite</i>
1. Unterschiede beim Pro-Kopf-Einkommen zwischen Regionen, Landkreisen und Städten im Jahr 2019	3
2. Fundamentaler Umbruch im Jahr 2009: Land überholt Stadt	5
3. Landkreise: Überwiegend starke Einkommenszuwächse – Sauerland u.a. weit vorn	6
4. Verflechtungen von Land und Stadt durch berufliches Pendeln: mehr Fahrten, wachsende Distanzen	7
5. Städte: Überwiegend schwache Einkommenszuwächse – Essen fällt im Ranking am weitesten zurück	8
6. Starkes Stadt-Land-Gefälle bei der Quote der Empfänger von Sozialtransfers	10
7. Risiken und Nebenwirkungen des wachsenden Wohlstands auf dem Land	12



Ob es in Deutschland den Bewohnern der Städte besser geht als den Landbewohnern bzw. wer ärmer oder reicher ist, sind Fragen, die immer wieder debattiert werden. Sei es im Privaten, der Gesellschaft, der Politik oder den Medien. Dazu gehören Fragen nach den Wohlstandsunterschieden zwischen den verschiedenen Regionen Deutschlands und nach den Veränderungen dieser Unterschiede über die Zeit.

Will man solche Fragen beantworten und konzentriert sich auf die ökonomischen Aspekte, ist ein brauchbarer Maßstab dafür das 'verfügbare Einkommen' das Einzelne beziehen. Um das ermitteln, werden zunächst sämtliche Einkommen der privaten Haushalte, ob sie aus Erwerbstätigkeit, Vermögen oder sozialen Transfers stammen, summiert. Nach Abzug der direkten Steuern und Sozialversicherungsbeiträge von dieser Summe verbleibt das verfügbare Einkommen. Auf die Zahl der Einwohner eines Gebietes bezogen, gibt das *verfügbare Einkommen je Einwohner* bzw. *Pro-Kopf-Einkommen* (PKE) an, über wie viel Geldmittel der oder die Einzelne zum Konsumieren oder Sparen disponieren können. Im Jahr 2019 waren das rein rechnerisch 23.704 € für jeden Einwohner Deutschlands. Dieser Maßstab hat den Vorteil alle Einkommensarten einzu-beziehen, er sagt allerdings nichts über die personelle Verteilung der Einkommen in einem Gebiet aus und die ist in Städten zumeist ungleicher als in ländlichen Räumen.

Die Spannweite der Einkommen reichte im Jahr 2019 von der 'ärmsten' Gebietseinheit, der Stadt Gelsenkirchen, wo den Einwohnern lediglich 17.015 € pro-Kopf zur Verfügung stehen, bis zur 'reichsten', der Stadt Heilbronn, wo die Einwohner durchschnittlich über 42.275 € verfügen können. Die notwendigen Daten für diese Aussagen liefert jährlich – mit rund zweijähriger Verzögerung – die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der [*Statistischen Ämter des Bundes und der Länder*](#) für alle 292 Landkreise und 109 (kreisfreien) Städte Deutschlands. (Dabei sind die regionalen Zusammenschlüsse der Gebietseinheiten um Aachen und Saarbrücken in diesem Text als Städte eingestuft. Der Zusammenschluss um Hannover jedoch als Landkreis, da er eine deutlich geringere Bevölkerungsdichte aufweist als die beiden vorher genannten.)

Diese Städte stehen im Folgenden für 'die Stadt' generell in Deutschland, die Landkreise für 'das Land', selbst wenn dies sicher eine grobe Vereinfachung ist. Um räumliche Strukturen und Trends abzubilden, sind diese Kategorien zunächst hinreichend. Später werden Differenzierungen innerhalb der Städte und Kreise erkennbar und Überschneidungen zwischen Stadt und Land deutlich gemacht.

Arm und reich wird also hier vor allem nach dem Verhältnis der verfügbaren Einkommen je Einwohner in den Gebietseinheiten zueinander definiert. Um den Stellenwert dieses etwas spröden Maßstabs greifbarer zu machen und arme Gebiete besser zu charakterisieren, wird später zusätzlich noch die Quote der Bezieher von Sozialtransfers aus der Sozialstatistik herangezogen. Und um die besonders reichen Gebietseinheiten besser zu kennzeichnen, werden gleich anschließend Daten der Steuerstatistik verwendet.

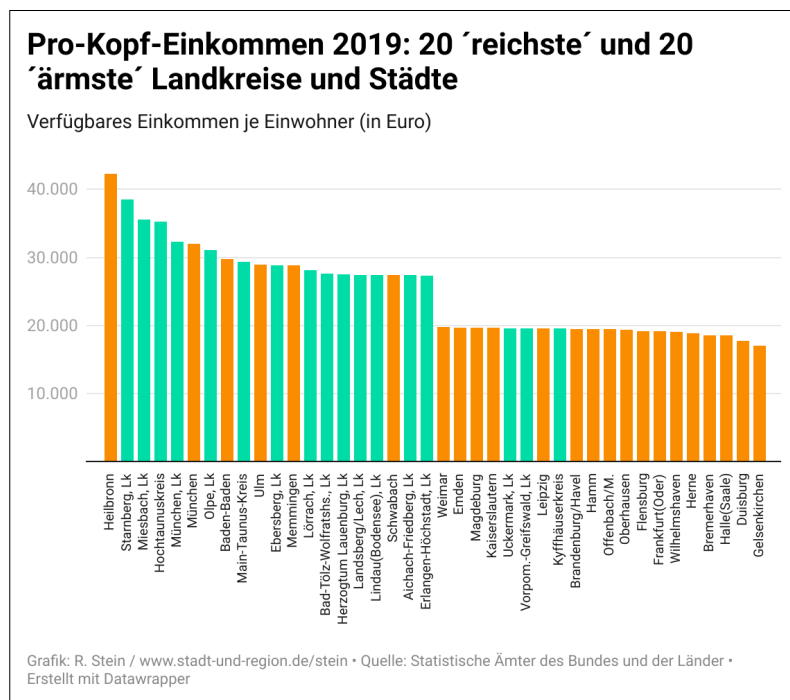
Damit sollte zugleich erkennbar werden, dass es Wechselbeziehungen zwischen den privaten Einkommen bzw. dem privaten Wohlstand in Städten und Kreisen und dem 'lokalen Wohlstand' bzw. Gemeinwohl gibt, die über die politisch organisierte Umverteilung durch staatliche Abgaben und Leistungen hinausreichen. So sind etwa die materiellen Voraussetzungen für das freiwillige Engagement von Privaten durch Spenden oder Stiftungen u.ä. für lokale Initiativen in Kultur, Sport, Bildung etc. natürlich in Gebieten mit sehr hohen Einkommen völlig andere als in Gebieten mit sehr niedrigen.

Nimmt man aus allen 401 Gebietseinheiten die 20 mit den höchsten und die 20 mit den niedrigsten Pro-Kopf-Einkommen heraus, dann zeigen sich enorme Unterschiede beim Pro-Kopf-Einkommen. Die verhältnismäßig kleine Großstadt Heilbronn nimmt hierbei mit ihrem besonders hohen Einkommen eine Sonderstellung ein. Das zeigt Abbildung 1, die, wie alle folgenden, *interaktiv* ist. In Heilbronn und seinem Umland konzentrieren sich die Verwaltung und hochrangige Management-Funktionen der *Schwarz-Gruppe* (*Lidl*, *Kaufland*), eines der größten Einzelhandelsunternehmen Europas. Zugleich ist die Stadt ein Beispiel für den Zusammenhang von privatem Wohlstand und Gemeinwohl, denn die Gruppe und ihr Eigentümer, der Milliardär Dieter Schwarz, haben über eine Stiftung viele Projekte in Heilbronn und Umgebung gefördert (u.a. Bildungscampus und Wissenschaftsmuseum).

Nur fünf weitere Städte (orange markiert) zählen ebenfalls zu den 20 reichsten Gebietseinheiten. Extrem hohe Pro-Kopf-Einkommen sind ansonsten ganz überwiegend in 14 Landkreisen (grün markiert) zu fin-

den, vom Landkreis Starnberg (38.509 €) bis zum Kreis Erlangen-Höchststadt (27.369 €). Nach der Höhe der Pro-Kopf-Einkommen folgen auf Heilbronn die Landkreise um den Starnberger See und den Tegernsee (Kreis Miesbach), nicht weit von München. Dort wohnen zahlreiche der 'Reichen und Schönen', der Millionäre und Milliardäre Deutschlands an klaren Bergseen mit Alpenpanorama.

Abbildung 1



Ähnliches gilt, landschaftlich weit weniger spektakulär, für den Hochtaunuskreis nördlich von Frankfurt. Dafür ist dort der Anteil der Einkommensmillionäre mit 27,8 je 10.000 Einwohner wesentlich höher als im bayerischen Landkreis Starnberg, für den diese Quote 'nur' 19,2 beträgt, wie Daten der Statistischen Ämter für 2015 zeigen. Für ganz Deutschland liegt die Quote der Steuerpflichtigen, die pro Jahr mehr als eine Million Euro zu versteuerndes Einkommen an die Finanzämter melden dagegen lediglich bei etwa 3 je 10.000 Einwohnern.

Sind so die meisten der sehr einkommensstarken Gebietseinheiten Landkreise, so sind die einkommensschwachen Gebiets-einheiten ganz überwiegend Städte. Neben der ärmsten Stadt Gelsenkirchen sind da-
runter weitere Ruhrgebietsstädte und an-

dere Städte, deren wichtigste Wirtschaftszweige im Strukturwandel zu den Verlierern zählen, sowie eine Reihe ostdeutscher Städte. Unter den 17 Städten stehen in dieser Gegenüberstellung den Einwohnern der Stadt Weimar (19.745 €) die höchsten Einkommen zur Verfügung, doch das sind pro-Kopf immer noch rund 7.600 € weniger als im zuvor genannten reichen Landkreis Erlangen-Höchststadt. Ähnlich niedrig wie in den armen Städten sind die Einkommen der Einwohner in drei peripheren und dünn besiedelten Landkreisen der neuen Bundesländer. Würde man regionale Preisunterschiede berücksichtigen, lägen dort die (realen) Ein-
kommen vermutlich um einiges höher als in den dicht besiedelten armen Städten, wo das Preisniveau i.A. höher ist.

1. Unterschiede beim Pro-Kopf-Einkommen zwischen Regionen, Landkreisen und Städten im Jahr 2019

Im Folgenden ein systematischer Blick auf die räumlichen Differenzen bei den Pro-Kopf-Einkommen. Die insgesamt 401 Gebietseinheiten sind zu diesem Zweck in *sieben Gruppen* eingeteilt (Abb. 2). Dazu wird das mathematische Verfahren von *G. F. Jenks* ('Natural breaks') benutzt, das sicherstellt, dass die Werte inner-
halb der Gruppen möglichst ähnlich sind, sich aber zwischen den Gruppen möglichst stark unterscheiden.

Die mit Abstand höchsten Einkommen werden demzufolge in den Kreisen und Städten der Gruppe 7 (blau) und die niedrigsten in Gruppe 1 (hellgelb) erreicht. Die Regionen, in denen den Einwohnern weit über-
durchschnittliche Einkommen zu Verfügung stehen, die Gruppen 5-7 mit Pro-Kopf-Einkommen von 24.751 bis deutlich über 30.000 €, konzentrieren sich in den prosperierenden Räumen Süddeutschlands und um die an-
deren wirtschaftsstarken Regionen im Westen Deutschlands, vom Frankfurter Raum über südliche Teile der Rhein-Ruhr-Region bis nach Hamburg.

Zur Spitzengruppe 7 mit Einkommen vom mehr als 32.039 €, wozu anfangs schon einiges gesagt wur-
de, zählen neben Heilbronn lediglich die Landkreise Starnberg, Miesbach, München und die Stadt München

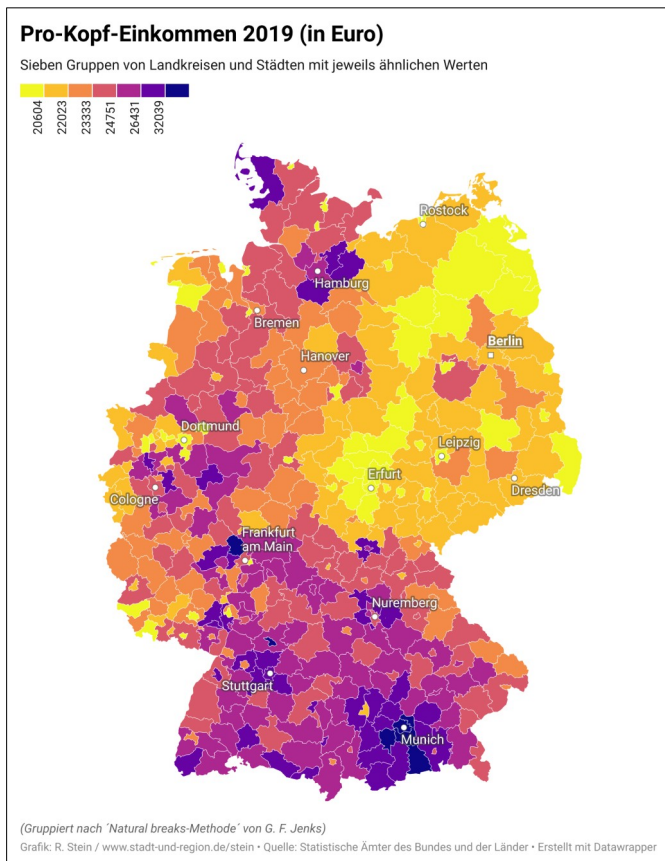
selbst sowie der Hochtaunuskreis.

In der Nähe der reichsten Räume befinden sich viele Landkreise, die zur nächsten (violetten) Gruppe 6 gehören, wo die Einkommen über 26.431 € liegen. Dies sind insbesondere Landkreise der boomenden Region um München, sowie Landkreise um Nürnberg, Stuttgart, Hamburg und die Stadt Düsseldorf wie auch zwei südlich davon gelegene Kreise. Unter allen Gebietseinheiten dieser Gruppe steht der Landkreis Olpe im Sauerland – nicht unbedingt weithin als besonders wohlhabend bekannt – mit einem Einkommen von über 31.000 € pro Einwohner an der Spitze, was später noch kommentiert wird. Zu dieser Gruppe gehören außerdem einige wirtschaftlich prosperierende, mittelgroße Städte, wie z.B. Ulm oder Memmingen.

In Richtung der Ränder des Landes nach Westen und besonders nach Osten sind die Einkommen – bekanntermaßen – weitaus niedriger und stark unterdurchschnittlich. So zählen zur Gruppe 1 der Gebietseinheiten mit den niedrigsten Pro-Kopf-Einkommen etwa folgende Landkreise: der Kyffhäuserkreis (19.543 €), der Kreis Vorpommern-Greifswald (19.601 €) und die Uckermark (19.621 €).

Und zur (dunkelgelben) Gruppe 2 mit den zweitniedrigsten Einkommen zählen ebenfalls vor allem Landkreise der östlichen Bundesländer, zwischen Vorpommern-Rügen (20.696 €) an der Ostsee und Hildburghausen (21.424 €) in Thüringen. Nach ihren Pro-Kopf-Einkommen gehören die meisten Städten der neuen Bundesländern ebenfalls zu den der einkommensschwächsten Gruppe 1. Einige auch zur Gruppe 2, wie etwa Dresden, Dessau-Roßlau oder Chemnitz.

Abbildung 2



Weit weniger bekannt ist die Tatsache, dass ähnlich niedrige Pro-Kopf-Einkommen in westlichen Bundesländern gleichfalls vorzufinden sind. Und davon betroffen sind keineswegs nur die alt-industrialisierten Städte des Ruhrgebiets zwischen Duisburg und Hamm oder Regionen des Saarlands und andere Städte, die für ihre schwierige ökonomische und soziale Lage bekannt sind, wie etwa Pirmasens oder Offenbach. Inzwischen zieht sich von Schleswig-Holstein bis nach Bayern eine Kette von großen Städten in denen die Einkommen der Einwohner weit unter dem deutschen Durchschnitt liegen, zum Teil sehr weit darunter. So zählen zur ärmsten Gruppe 1 der Gebietseinheiten u.a. die Städte Flensburg, Kiel, Delmenhorst, Salzgitter, Kassel und Ludwigshafen. Zur zweitärmsten Gruppe zählen dann z.B. Augsburg, Trier, Mönchengladbach, Osnabrück und Essen. Damit haben beispielsweise die Einwohner von Essen, einer bedeutenden Großstadt im Zentrum der *blauen Banane* – des europäischen Wirtschaftsraums von London, entlang des Rheins, bis nach Genua – ungefähr das gleiche Pro-Kopf-Einkommen (21.136 €) wie die Bewohner des Altmarktkreis Salzwedel (21.168 €). Der jedoch liegt im extrem dünn besiedelten Norden von Sachsen-Anhalt.

Zur nächsten Gruppe 3, wo die Einkommen immer noch unterdurchschnittlich sind, zählen weitere Großstädte im Westen, wie etwa Bremen, Bielefeld, Worms, Schweinfurt und Bayreuth. Hinzu kommen im Osten noch die Städte Potsdam und Suhl, beides spezielle Fälle, auf die im Weiteren noch eingegangen wird.

Blickt man in der Karte auf die *Landkreise*, die die zuvor aufgezählten 16 Städte der beiden einkommensschwächsten Gruppen unmittelbar umgeben, dann wird deutlich: In nahezu allen dieser Kreise sind die

Pro-Kopf-Einkommen höher, zum Teil wesentlich höher, als in den Kernstädten. Besonders eklatant ist dies im Fall von Augsburg, wo die Stadtbewohner nur über rund 21.100 €, die Bewohner in den beiden Umlandkreisen jedoch über 26.600 € (Kreis Augsburg) bzw. 27.400 € (Kreis Aichach-Friedberg) verfügen können.

Ähnliches gilt für die Städte aus Gruppe 3, die ebenfalls noch Pro-Kopf-Einkommen unterhalb des deutschlandweiten Mittelwerts aufweisen. Den Einwohnern von Bielefeld, Karlsruhe, Pforzheim, Bamberg, Freiburg und Kempten stehen allesamt wesentlich geringere Einkommen zu Verfügung als ihren Nachbarn, die in den ländlichen Kreisen um sie herum leben.

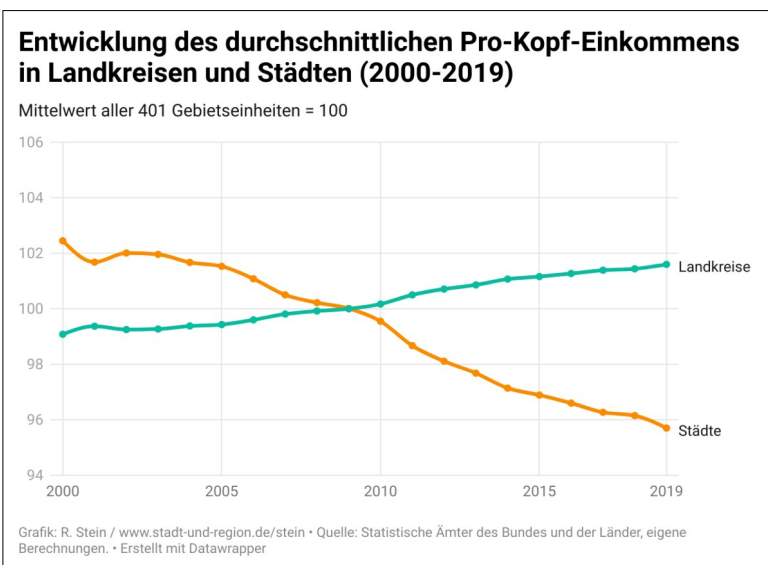
Ausnahmen von diesem Muster sind selten und vor allem in Süddeutschland zu finden. Neben dem bereits erwähnten Heilbronn, zählt Baden-Baden dazu, die traditionsreiche Kurstadt der europäischen Aristokratie. Zudem einige Städte, in denen eher eine starke Industrie oder Wissenschaft und Technologie dominieren wie Memmingen, Straubing oder Ulm. Bewohner dieser Städte verfügen über deutlich höhere Einkommen als die Einwohner der Landkreise in ihrem Umland. In den übrigen westlichen Bundesländern gilt dies so eindeutig lediglich für Wolfsburg.

2. Fundamentaler Umbruch im Jahr 2009: Land überholt Stadt

Da in sehr vielen Städten die Einkommen niedriger sind als in den Umlandkreisen und gleichzeitig, wie die Karte zeigt, zahlreiche der anderen Landkreise – zumindest im Westen – zu den Gruppen 4 und 5 gehören und damit relativ hohe Einkommen aufweisen, kann man annehmen, dass in den 292 Landkreisen das Pro-Kopf-Einkommen *im Durchschnitt* ebenfalls höher ist als in den 109 Städten.

Dies ist für das Jahr 2019 der Fall. Die Landbewohner verfügen im Mittel über 23.920 €, die Stadtbewohner über 22.531 €, also rund 1.400 € weniger. Im Jahr 2000 war das Verhältnis noch umgekehrt, denn damals hatten die Städter (15.807 €) noch gut 500 € mehr zur Verfügung als die Landbewohner (15.287 €) – soweit man Preisveränderungen außer Acht lässt. Ein relativ kleiner Vorsprung im Einkommensniveau zugunsten der Städte hat sich somit im untersuchten Zeitraum in einen deutlich größeren Rückstand zu ihren Lasten verwandelt.

Abbildung 3



Dass diese ungleiche Verteilung der Einkommen zwischen Land und Stadt nicht nur das Ergebnis eines Vergleichs der Werte von zwei Jahren ist, offenbart sich, wenn man die Entwicklung über den gesamten Zeitraum betrachtet (Abb. 3). Zu diesem Zweck ist der Wert des mittleren Pro-Kopf-Einkommens aller Gebietseinheiten für die einzelnen Jahre jeweils auf 100 gesetzt, so dass die Abweichungen von 100 unmittelbar anzeigen, wie stark und in welche Richtung sich die Werte der Einkommen in Land und Stadt vom Mittelwert entfernen. Im Jahr 2000 lagen die Pro-Kopf-Einkommen der Städte noch um 3,4 Indexpunkte über denen der Landkreise. 2009

waren beide Werte nahezu gleich. 2019 liegen die Einkommen der Städter um 5,9 Punkte niedriger als die der Landbewohner.

Als Warnzeichen ist hier zu sehen, dass die Einkommen der Städter im gesamten Zeitraum nahezu kontinuierlich gegenüber denen der Landbewohner zurückfallen. So wird der Abstand im Einkommensniveau zwischen Land und Stadt fast permanent größer, was auf zunehmende wirtschaftliche und soziale Spaltungsprozesse zwischen Land und Stadt schließen lässt. Eine Schlussfolgerung zu der z.B. auch das *Institut der*

deutschen Wirtschaft in seiner Analyse [*Regionale Armut in Deutschland*](#) kommt.

Das Zurückbleiben der Städte in der Einkommensentwicklung über die Zeit und die Erkenntnisse aus dem ersten Teil des Textes, die zeigten, dass viele Kreise im direkten Umland der Städte und eine Reihe der noch weiter von den Zentren entfernt liegende und zumeist noch geringer verdichtete Landkreise ein höheres Einkommensniveau haben als die Städte selbst, führt zu der Frage, ob die Einkommensentwicklung mit der *Bevölkerungsdichte* der Gebietseinheiten in Zusammenhang steht.

Bestimmt man hierfür das prozentuale Wachstum des Pro-Kopf-Einkommens von 2000 bis 2019 in den 401 Kreisen und Städten und stellt diese Werte in Abhängigkeit von ihrer Bevölkerungsdichte dar, die wegen der extrem unterschiedlich und ungleich verteilten Werte der Dichte auf einer logarithmisch skalierten Achse abgebildet werden (Abb. 4), dann ergibt sich ein eindeutiger Befund. Einkommenswachstum und Bevölkerungsdichte korrelieren, statistisch betrachtet, relativ stark mit einander. Und der Zusammenhang zwischen ihnen ist eindeutig negativ: je geringer die Dichte eines Kreises oder einer Stadt, umso stärker der Zuwachs beim Pro-Kopf-Einkommen.

Indes ist die Unterscheidung von kreisfreien Städten und Landkreisen nur nach der Bevölkerungsdichte, wie die Abbildung erkennen lässt, nicht ganz trennscharf. Es gibt Städte mit relativ geringen und Landkreise mit relativ hohen Dichten. In der Regionalforschung werden in diesem Zwischenbereich mehrere [*Typen von Landkreisen*](#) nach ihrer Siedlungsstruktur unterschieden. Doch wie das Streudiagramm verdeutlicht, fügt sich die überwiegende Zahl der Gebietseinheiten im Zwischenbereich von Land und Stadt relativ gut in die Punktwolke ein, die einen negativen Zusammenhang zwischen Einkommenszuwachs und Dichte aufzeigt. Auf die erwähnten Differenzierung nach Kreistypen wird daher hier im Folgenden nicht weiter eingegangen.

3. Landkreise: Überwiegend starke Einkommenszuwächse – Sauerland u.a. weit vorn

Die Ursachen für die grundlegenden Verschiebungen der Einkommensverhältnisse zwischen gering und hoch verdichteten Räumen, spiegeln komplexe soziale und ökonomische Veränderungsprozesse, die hier nur ansatzweise behandelt werden können. Um diese Prozesse genauer nachzuvollziehen gilt es, von den Durchschnittswerten für Stadt und Land wieder auf die unterschiedlichen Entwicklungen in den einzelnen Gebietseinheiten zurückzukommen.

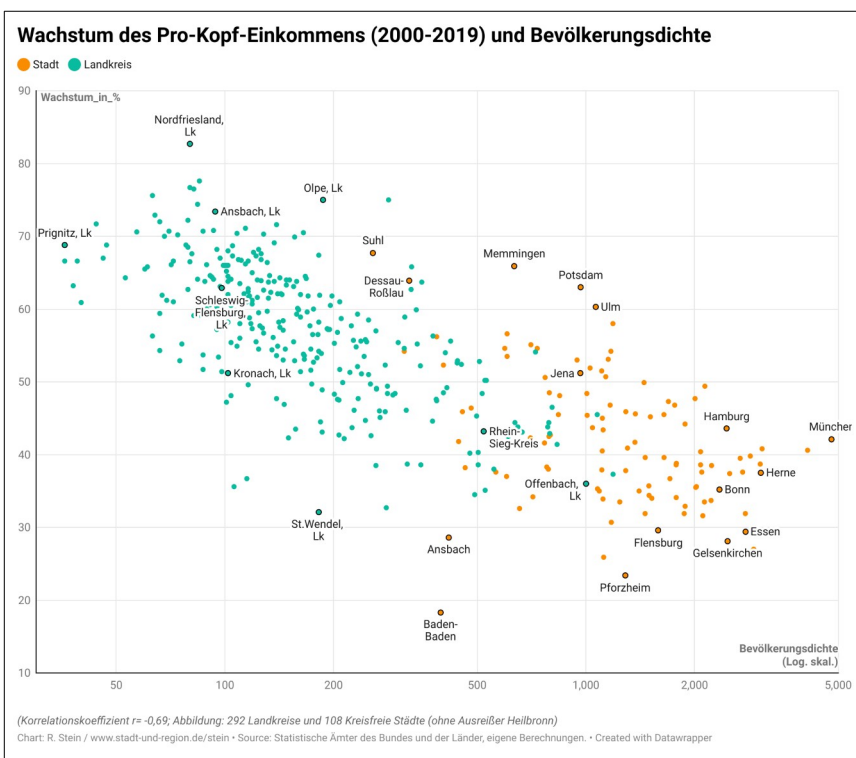
Zunächst zu den 292 Landkreisen. Unter diesen repräsentiert der Kreis Kronach mit einem Wachstum des Pro-Kopf-Einkommens von 51,2% zwischen 2000 und 2019 fast genau den Mittelwert für Deutschland insgesamt (51,0%). Der Kreis Kronach ist relativ gering verdichtet und liegt im bergigen Nordosten von Bayern im ehemaligen 'Zonenrandgebiet'. Wie Abbildung 4 zeigt, liegen die Zuwächse in sehr vielen Landkreisen oberhalb dieses Wertes. Die Einkommen sind dort folglich überdurchschnittlich, zum Teil weit überdurchschnittlich gestiegen. In zahlreichen dieser Landkreise ist zugleich die Wirtschaftskraft, also das Bruttoinlandsprodukt (BIP), in den vergangenen Dekaden deutlich angestiegen. Sei es durch die Ansiedelung neuer Betriebe, etwa aus der Industrie oder durch die positive Entwicklung bestehender Unternehmen.

Paradebeispiel dafür sind die sogenannten *Hidden Champions*, Industriefirmen, die mit ihren teils hochspezialisierten Produkten führend auf den Weltmärkten sind. Von den dazu gerechneten, je nach Definition, rund 1.300 bis 1500 Unternehmen sind besonders viele in den zentralen Räumen von Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen lokalisiert. Doch in vielen anderen Bundesländern und sogar in dünner besiedelten und auch peripheren Regionen Deutschlands sind manche davon zu finden. So etwa in der Eifel, im Sauerland oder in der Nähe vom Thüringer Wald. Hierzu schreiben Regionalforscher um *Thilo Lang* in ihrem Buch *Innovationsräume* aus dem Jahr 2019: „Ausgehend von unserer Beobachtung, dass etwa 20% der deutschen Weltmarktführer an scheinbar peripheren Orten angesiedelt sind ..., müssen wir aus einer ökonomischen Perspektive die Annahme in Frage stellen, dass in Deutschland (Wissens-)Peripherien existieren.“ Anders ausgedrückt: Nicht nur in oder nahe von Metropolregionen, sondern auch in abgelegenen Regionen können heute innovative, auf den Weltmärkten erfolgreiche Unternehmen bestehen.

Neben solchen Industrieunternehmen gibt es natürlich in weniger verdichteten Regionen viele Be-

triebe anderer Branchen, die dort aufgrund der überwiegend gut ausgebauten Infrastruktur, vor allem dem dichten Autobahnnetz sowie anderer günstiger Standortfaktoren kostengünstig arbeiten können und so den Standortnachteilen der Ballungsräume (hohe Bodenpreise und Kosten, Verkehrsstaus etc.) entgehen. Abgesehen von Agrar- und Forstwirtschaft sind das etwa Branchen wie Logistik, Entsorgung, Steine und Erden, Energieerzeugung oder Tourismus. In der Kombination solcher Faktoren ist z.B. das starke Wachstum des Pro-Kopf-Einkommens in einem Landkreis wie Olpe (+75%) im Sauerland zu erklären.

Abbildung 4



Während in wirtschaftlich prosperierenden Regionen Zuwächse beim Pro-Kopf-Einkommen der Einwohner im Zeitablauf vielfach durch steigende *Wirtschaftskraft* entstehen, ist es gleichfalls möglich, dass steigende Pro-Kopf-Einkommen mit schwach wachsender oder stagnierender Wirtschaftskraft einer Region einhergehen. Dies kann etwa dann geschehen, wenn über die Zeit die Zahl der Einwohner insgesamt abnimmt, weil jüngere, arbeitssuchende Personen abwandern und die Zahl älterer, stabile Renten beziehender Personen sich kaum verändert. Solche Effekte 'passiver Sanierung' machten sich im neuen Jahrtausend vor allem in vielen ballungsfernen Landkreisen im 'Osten' Deutschlands bemerkbar, wo die Einwohnerzahlen langfristig stark

gesunken sind. Im Landkreis Prignitz z.B. ist die Zahl der Einwohner zwischen 2000 und 2019 von rund 95.700 auf 76.200 gefallen – und hat sich zuletzt auf diesem Niveau stabilisiert. Das um fast 70% gestiegene Pro-Kopf-Einkommen erklärt sich zum Teil daraus. Überdies können neue Wirtschaftsaktivitäten in der Region positive Effekte auf die Einkommensentwicklung ausgeübt haben.

Ein Maß für die **relative Wirtschaftskraft** bzw. Produktivität der Wirtschaft in den Kreisen und Städten ist das **Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Erwerbstätigen**. Setzt man dessen Veränderung von 2000 bis 2019 in Relation zur *Bevölkerungsdichte*, so zeigt sich, dass der Zusammenhang ähnlich ist wie bei den Pro-Kopf-Einkommen. Das [Wachstum des BIP je Erwerbstätigen](#) ist tendenziell umso höher, je geringer die Dichte einer Gebietseinheit. Der Zusammenhang ist jedoch wesentlich schwächer als im Fall des Einkommenszuwachses. So haben sich die Kreise zwar auch beim Index des [durchschnittlichen BIP je Erwerbstätigen](#) den Städten um einige Punkte angenähert, bleiben aber vom Niveau her noch deutlich hinter den Städten zurück. Dabei zeigt die [Karte des Wachstums des BIP je Erwerbstätigen](#), dass gerade eine Reihe peripherer Regionen der alten Bundesländer sowie dünn besiedelte Räume der neuen Länder relativ hohe Steigerungen der Wirtschaftskraft erreichten. Zugleich verzeichnen alle Städte und Kreise der östlichen Länder Werte oberhalb des Bundesdurchschnitts (31,64%), befinden sich so gesehen in einem positiven Entwicklungsprozess. Gleichwohl, nur in einigen der Gebietseinheiten im Osten liegt 2019 das Niveau der Wirtschaftskraft, also das absolute [BIP je Erwerbstätigen](#), über dem nationalen Durchschnitt (76.190 €), in den allermeisten liegt es noch deutlich niedriger.

4. Verflechtungen von Land und Stadt durch berufliches Pendeln: mehr Fahrten, wachsende Distanzen

Neben den Veränderungen der Wirtschaftskraft und Einwohnerzahl ist der Saldo der Einkommen von Einpendlern und Auspendlern ein weiterer zentraler Faktor, der die Höhe der Pro-Kopf-Einkommen in einer Gebietseinheit beeinflusst. Besonders in Landkreisen, die unmittelbar kreisfreie Städte umschließen oder an sie angrenzen, ist der Saldo zumeist positiv, da relativ viele Erwerbstätige im ländlichen Umland wohnen, aber in der Stadt arbeiten. Dadurch wird ein großer Teil der Einkommen in der Stadt erzielt, steigert jedoch die Nachfrage in dem oder den umliegenden Landkreisen, sei es nach Dienstleistungen, Konsumgütern oder Immobilien. Diese Nachfrage kann wiederum Wachstumsprozesse auslösen und in solchen Kreisen die Einkommen zusätzlich steigern, wie in meinem Artikel [Landluft macht reich](#) ausführlicher dargestellt ist.

Nimmt man z.B. die Stadt Ansbach in Bayern, so hat diese nach *Angaben der Bundesagentur für Arbeit*, bezogen auf 100 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, einen positiven Pendlersaldo von +36,5% und der sie umgebende gleichnamige Landkreis ein negativen Saldo von -29,8% – wobei diese Zahlen Pendlerbeziehungen zu anderen Städten und Kreisen einschließen. Jedenfalls trugen die wirtschaftlichen Auswirkungen des Pendelns dazu bei, dass die Einkommenszuwächse in Städten und Landkreisen sehr unterschiedlich waren. Im Landkreis Ansbach (+73,4%) stiegen die Einkommen weit stärker als im Bundesdurchschnitt. Nahezu dreimal so stark wie in der Stadt Ansbach (+28,6%), die damit zu den Städten mit den niedrigsten Zuwachsraten zählt, wie in Abb. 4 und auf der (Online-)Karte [Wachstum der Pro-Kopf-Einkommen von 2000 bis 2019](#) zu erkennen ist. Aufgrund dieser Veränderungen übertreffen dann 2019 auch die (absolut gemessen) Pro-Kopf-Einkommen im Landkreis (25.044 €) diejenigen in der Stadt (22.522 €). Im Jahr 2000 hingegen hatten die Einwohner im Landkreis (14.440 €) noch wesentlich niedrige Einkommen als die Ansbacher (17.508 €).

Entsprechende Entwicklungen lassen sich für viele Städte und die angrenzenden Landkreise in den verschiedensten Regionen nachweisen, wie etwa für Flensburg und den Kreis Schleswig-Flensburg, für Bonn und den Rhein-Sieg-Kreis. Oder für die Stadt Pirmasens und den sie umschließenden Landkreis Südwestpfalz, die in einer sogenannten 'abgehängten Region' liegen.

Solche Prozesse der räumlichen Umverteilung der Einkommen durch Pendlerverflechtungen finden auch zwischen Städten bzw. Ballungsräumen und weiter entfernt liegenden ländlichen Kreisen statt. Und die Pendlerverflechtungen nehmen im Zeitablauf zu. Für die *sozialversicherungspflichtig Beschäftigten* alleine ermittelt das *Statistische Bundesamt* im Jahr 2020 einen Pendleranteil von 39%. Bei diesen Beschäftigten ist die mittlere Pendelentfernung in nur vier Jahren (2000-2014) von 8,7 km auf 10,5 km gestiegen, folglich um über ein Fünftel. Und Daten des *Bundesministeriums für Verkehr* für *alle Erwerbstätigen* zeigen, dass unter ihnen der Anteil der Pendler allein zwischen 2004 und 2016 von 43,6% auf 48,2% angewachsen ist. Immer mehr Menschen legen demzufolge immer weitere Strecken zwischen Wohnort und Arbeitsort zurück. Die allermeisten davon (69%) benutzen dafür den privaten PKW.

5. Städte: Überwiegend schwache Einkommenszuwächse – Essen fällt im Ranking am weitesten zurück

Innerhalb der 109 Städte markiert der Datenpunkt für Jena in Abb. 5 fast genau den bundesweiten Mittelwert des Zuwachses der Pro-Kopf-Einkommen im Untersuchungszeitraum 2000-2019. In Jena stiegen die Einkommen um 51,2%, also nur um 0,2 Punkte mehr als im bundesweiten Durchschnitt. Damit wird unmittelbar erkennbar, dass die große Mehrheit der Städte einen solchen Zuwachs *nicht* erreicht und dass in sehr vielen Städten die Pro-Kopf-Einkommen nicht mal um 40% anstiegen. In manchen nicht mal um 30%.

Sehr hohe Zuwächse verzeichnen hingegen Suhl (67,7%) und Dessau-Roßlau (63,9%). In Suhl (PKE 23.048 €) sank im Untersuchungszeitraum die Einwohnerzahl relativ stark, so dass vermutlich Prozesse passiver Sanierung stattfanden. In Dessau-Roßlau (PKE 20.851 €) nahm die Einwohnerzahl ebenfalls ab, doch bei weitem nicht so stark, so dass dort die Einkommenszuwächse stärker durch positive Entwicklungen wie den Zuzug einkommensstarker Personen oder steigende Wirtschaftskraft verursacht sein dürften.

Letzteres gilt umso mehr für die anderen Städte mit besonders hohen Steigerungen der Pro-Kopf-Einkommen: Memmingen, Potsdam und Ulm. Potsdam (22.430 €) verzeichnet seit dem Jahr 2000 jährlich höhere Einwohnerzahlen im Vergleich zum Vorjahr und ist vor allem durch seine Historie, die Rolle als Landeshauptstadt und die Nähe zu Berlin besonders attraktiv. Bei Ulm (28.976 €) und Memmingen (28.812 €), die gleichfalls ununterbrochene Bevölkerungszuwächse aufweisen, sind es stärker die Funktionen in Industrie, Wissenschaft und Technologie, die demographische und ökonomische Wachstumsprozesse bewirken.

Unter den Städten, deren Einkommenssteigerungen weit unterhalb des Durchschnitts liegen, fällt zunächst Baden-Baden auf, wo der Zuwachs am geringsten war. Jedoch lag dort das Niveau des Pro-Kopf-Einkommens 2000 sehr weit über dem Bundesdurchschnitt und dies gilt für 2019 mit einem Wert von rund 29.700 € noch immer, so dass Baden-Baden nach wie vor eine reiche Stadt ist.

Für die übrigen Städten mit geringen Zuwachsraten gilt das Gegenteil. Diese zählen nach der Höhe der Pro-Kopf-Einkommen überwiegend zu den armen Städten. So wie Gelsenkirchen mit dem geringsten Pro-Kopf-Einkommen (17.015 €) aller 401 Gebietseinheiten – und viele weitere Städte des Ruhrgebiets wie etwa Herne, Oberhausen oder Essen. In diesen Städten sind die Folgen des Strukturwandel zu Lasten der Kohle- und Stahlindustrie bei Weitem noch nicht überwunden.

Überdies wurden sie in den vergangenen Dekaden wie viele andere Städte mit weiteren Erschwerissen konfrontiert. Darunter ist die Abwanderung einkommensstarker Personen ins Umland oder weiter entfernte Regionen ein wesentlicher Faktor, dem oft eine relativ starke Zuwanderung einkommensschwacher Personen (z.B. Studierende, Migranten, Asylsuchende) gegenübersteht. Gleichzeitig sind in vielen Städten die Anteile der Alleinerziehenden und Alleinlebenden überproportional und diesen Personen stehen oft nur verhältnismäßig geringe Einkommen zu Verfügung. Die Quoten für die Arbeitslosigkeit, den Bezug von Sozialtransfers und die der Armutsgefährdung liegen dadurch ebenfalls im oberen Bereich. Verstärkt wurden städtische Probleme auch von den Folgen neoliberal ausgerichteter Politikansätze, die seit der Jahrtausendwende umgesetzt wurden. Auf lokaler Ebene waren das u.a. die Privatisierung ehemaliger Sozialwohnungen und Infrastrukturbestände, auf Bundesebene die Hartz-Reformen und die Deregulierung der Arbeitsmärkte.

Parallel dazu hat sich seit dem Jahr 2000 die [Einkommensverteilung in Deutschland](#) stark verändert. Die Kluft zwischen Haushalten mit sehr geringeren Einkommen und solchen mit sehr hohen Einkommen ist deutlich größer geworden, wie *Markus Grabka* vom *Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung* konstatiert. Außerdem ist in Deutschland, wie Grabka zeigt, die Vermögensungleichheit eine der höchsten im Euroraum. In der Folge all dieser Veränderungen gerieten zahlreiche Städte auch verstärkt in fiskalische Engpässe, wodurch den zuvor genannten Herausforderungen zu wenig entgegengewirkt werden konnte.

Zudem wirkte sich die Globalisierung räumlich sehr unterschiedlich aus, manche Regionen wie etwa stark exportorientierte profitierten eher, andere gerieten vermehrt unter ökonomischen Druck. Durch die positiven Effekte des Strukturwandels, etwa die Entstehung neuer Arbeitsplätze in Clustern der Digitalwirtschaft, profitieren vor allem diejenigen Städte und Ballungsräume, die wenig durch alte Industrien belastet sind, wie u.a. München, Berlin, Hamburg, Köln, Stuttgart und Frankfurt. Zu dieser Einschätzung jedenfalls kommt die Unternehmensberatung *Deloitte* in einem Vergleich der '[Digitalen Wettbewerbsfähigkeit](#)' deutscher Städte.

Um die gravierenden Veränderungen im räumlichen Einkommensgefüge von Stadt und Land zusammenfassend zu verdeutlichen, wird noch ein [Ranking aller Städte und Kreise nach dem Pro-Kopf-Einkommen](#) für 2000 und 2019 herangezogen. Die Stadt Essen dient wiederum als Beispiel, diesmal um die Veränderungen im Einkommensgefüge zu verdeutlichen. In Essen lagen die Pro-Kopf-Einkommen 2019 – wie zuvor erwähnt – fast gleich hoch wie im Altmarktkreis Salzwedel.

Sortiert man alle 401 Gebietseinheiten nach der Höhe der Pro-Kopf-Einkommen im Jahr 2019, kommt Essen damit direkt nach dem Kreis Recklinghausen (Platz 325) auf Platz 326. Mit minimal höheren Einkommen als der Altmarktkreis Salzwedel auf Platz 327. Im Jahr 2000 lag Essen nach dem Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald (Platz 111) noch auf Platz 112 in diesem Ranking. Danach folgte Passau auf Platz 113. Essen ist folglich im Vergleich der Rankings von 2000 und 2019 um 241 Rangplätze abgestürzt – das ist die

ungünstigste Veränderung überhaupt. Während die Stadt zu Anfang des Jahrtausends noch fast im ersten Viertel der nach dem Einkommen sortierten 401 Gebietseinheiten lag, ist sie bis zum Ende der zweiten Dekade weit in das letzte Viertel zurückgefallen.

Indes ist Essen noch immer Sitz großer Konzerne sowie vieler weiterer wichtiger Unternehmen und die Wirtschaftskraft lag dort 2019 mit rund 77.400 Euro je Erwerbstätigen über dem deutschen Durchschnitt. Doch Essen ist zugleich eine sozial und räumlich stark gesplante Stadt. Einem reichen Süden steht ein armer Norden gegenüber. Beispielsweise liegt im Süden die Quote der Bezieher von sozialen „Leistungen zur Existenzsicherung“ extrem weit unter der Quote im Norden, wie der *Sozialatlas* der Stadt (Dezember 2020) offenbart. Unter diese Leistungen fallen die Grundsicherung für Arbeitssuchende, Hilfen zum Lebensunterhalt, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit und Leistungen für Asylbewerber (außerhalb von Einrichtungen). In fast allen südlichen Stadtteilen von Essen liegt die entsprechende Quote unter 10%, in vielen auch unter 4%. In den nördlichen Stadtteilen liegt sie nahezu überall höher als 10%, in einigen über 20% und überschreitet in manchen sogar die 30%-Marke. Die höchste Quote hat der Stadtteil Altendorf (37,2%), wo mehr als jeder Dritte von Sozialtransfers abhängig ist.

Zwar ist Essen ein extremer Fall für die Verschlechterung im Ranking nach dem durchschnittlichen Wohlstandsniveau der Einwohner, doch ganz untypisch ist diese Entwicklung für die anderen Städte nicht. Über 40 weitere Städte, die teils sehr unterschiedliche Biographien haben, wie etwa Bonn, Heidelberg oder Rosenheim haben sich im Vergleich der Rankings ebenfalls um mehr als 100 Positionen verschlechtert. Hingegen sind die 25 Gebietseinheiten, die sich um mehr als 100 Plätze verbessert haben, allesamt Landkreise wie z.B. Tirschenreuth, Dithmarschen oder der Eifelkreis Bitburg-Prüm. Abgesehen von diesen extremen Verschiebungen im Ranking gilt: die meisten Städte fallen zwischen 2000 und 2019 nach der Höhe ihres Pro-Kopf-Einkommen zurück, die meisten Landkreise rücken vor. Das wird in einem grafischen [Vergleich der Rankings von 2000 und 2019](#) unmittelbar deutlich.

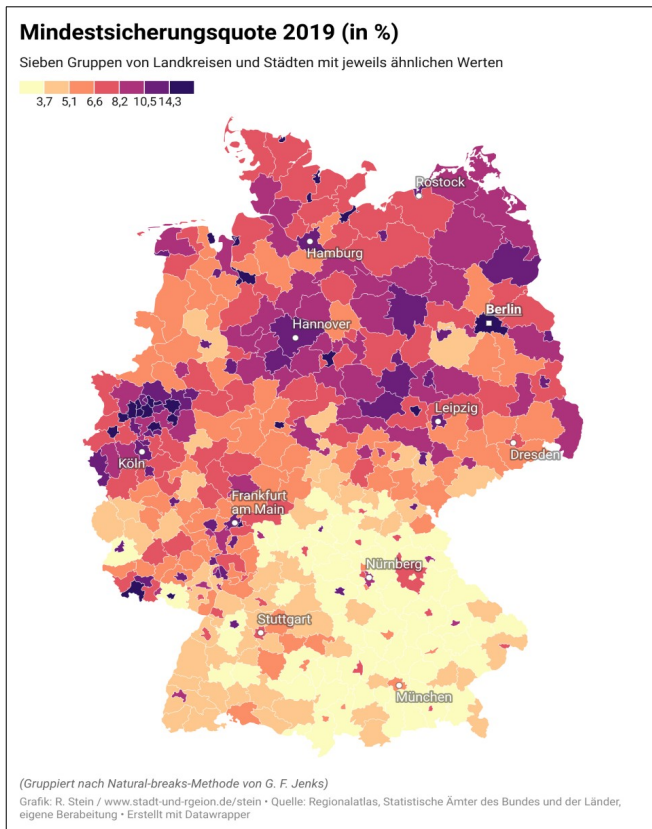
6. Starkes Stadt-Land-Gefälle bei der Quote der Empfänger von Sozialtransfers

Anfangs wurde darauf hingewiesen, dass in manchen extrem reichen Landkreisen wie Starnberg, in denen die durchschnittlichen verfügbaren Einkommen am höchsten sind, überdies nach der Steuerstatistik die Quote der Einkommensmillionäre außergewöhnlich hoch ist bzw. besonders viele sehr Reiche leben. Will man noch den Gegenpol dazu bestimmen, also wo der Anteil der besonders Armen sehr hoch ist, kann man zusätzlich zum verfügbaren Pro-Kopf-Einkommen als prägnanteren Maßstab die *Mindestsicherungsquote* heranziehen. Die Mindestsicherungsquote entspricht der oben für Essen erwähnten Quote der Bezieher von Leistungen zur Existenzsicherung und wird für alle Gebietseinheiten im [Regionalatlas](#) des *Statistischen Bundesamts* veröffentlicht. Sie betrug 2019 im Durchschnitt für Deutschland 8,3%.

Großräumig betrachtet gibt es ein klares Nord-Süd-Gefälle (Abb. 5). Relativ hoch sind die Quoten im Saarland, sowie von Aachen über den Raum an Rhein und Ruhr und Regionen in der Mitte Deutschlands bis in den Nordosten. Relativ niedrig sind sie vom Raum um den Main bis ganz in den Süden. Wenn man auf die *kleinräumigen* Unterschiede schaut, dann wird erkennbar: Besonders hoch ist die Mindestsicherungsquote in zahlreichen Städten. Sämtliche 26 Gebietseinheiten, die in die Gruppe mit den höchsten Quoten fallen, sind Städte (Abb. 5). Beginnend mit Offenbach (14,3%) über z.B. Kiel (15,6%), Mönchengladbach (16,4%), Dortmund (17,1%) bis zu Bremerhaven (20,4%) und Gelsenkirchen (22%), das wiederum am ungünstigsten abschneidet.

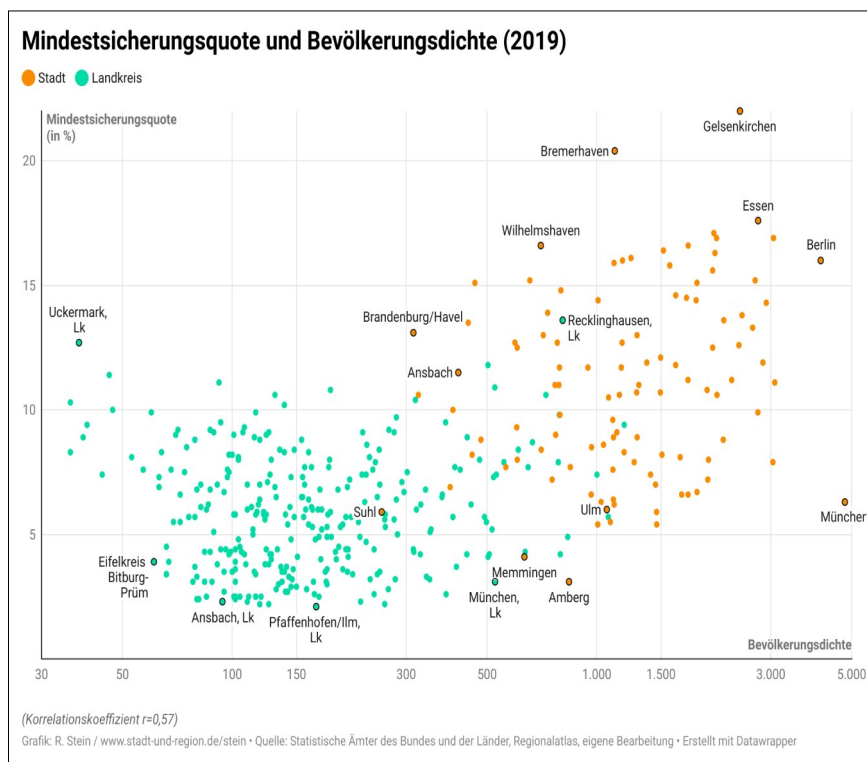
Und die Karte verdeutlicht abermals, dass ein recht deutlicher Stadt-Land-Gegensatz vorliegt. Zwar gibt es eine Reihe von Landkreisen in denen die Mindestsicherungsquote relativ hoch ist, vor allem in Kreisen Nordrhein-Westfalens und Niedersachsens und vielen Gebieten der neuen Bundesländer. Doch in nahezu allen Regionen Deutschlands sind die Quoten in den Städten höher, zumeist wesentlich höher als in den angrenzenden Landkreisen. Ausnahmen von dieser Regel sind z.B. die Autostadt Wolfsburg und das bayrische Amberg. Ansonsten zeigt sich das Stadt-Land-Gefälle der Armut sehr deutlich im Norden und in den neuen Bundesländern und ebenso – auf niedrigerem Niveau – in den wirtschaftsstarken südlichen Bundesländern.

Abbildung 5



Dichte sinkt die mittlere Quote für die Landkreise zunächst, um dann mit weiter steigender Dichte im Übergang zu den Städten stark anzusteigen. Nur die boomende Heimatstadt des FC Bayern liegt dabei klar im – hier positiv zu sehenden – Abseits. Würde man eine Kurve durch die Punktwolke der Gebietseinheiten legen, hätte diese näherungsweise eine flache U-Form.

Abbildung 6



Um nochmals den Fall von Ansbach herauszugreifen, der als Beispiel für die Effekte der Pendlerverflechtungen benutzt wurde: In der Stadt beträgt die Mindestsicherungsquote 11,5%, im umliegenden Landkreis 2,3%. So liegt die Quote im Landkreis nur ganz knapp über dem minimalen Wert aller 401 Gebietseinheiten, den der Kreis Pfaffenhofen/Ilm (2.1%) aufweist. Und in der Stadt Ansbach ist der Anteil der Einwohner, die Mindestsicherung beziehen, exakt fünfmal so hoch wie im angrenzenden, relativ dünn besiedelten ländlichen Umland. Eine beträchtliche Differenz, die die soziale und ökonomische Ungleichheit der beiden Gebiete erhellt.

Die Gegensätze zwischen Stadt und Umland sind in vielen Regionen ähnlich, wenngleich nicht überall so ausgeprägt. Generell gibt es indes einen recht eindeutigen (nicht-linearen) Zusammenhang zwischen der Bevölkerungsdichte einer Gebietseinheit und dem Anteil der Einwohner, die auf staatliche Leistungen der Mindestsicherung angewiesen sind (Abb. 6). Einige der sehr dünn besiedelten Landkreise weisen relativ hohe Quoten der Mindestsicherung auf. Mit ansteigender

Im Vergleich mit dem Zusammenhang zwischen dem Wachstum des Pro-Kopf-Einkommens und der Bevölkerungsdichte (Abb. 2), der negativ war, ergibt sich hier folglich eine entgegengesetzte Beziehung. Wenn man von den wenigen extrem dünn besiedelten Landkreisen absieht, existiert ein positiver statistischer Zusammenhang zwischen Dichte und Mindestsicherungsquote. Die daraus resultierende Aussage ist selbstredend eine um so unerfreulichere: Die mit der Quote gemessene relative Armut und die damit verbundenen sozialen Verwerfungen betreffen vor allem viele große Städte.

Wie die räumlichen Differenzen bei den Pro-Kopf-Einkommen deuten

die regionalen und Stadt-Umland-Differenzen beim Anteil der Einwohner, die von der sozialen Mindestsicherung abhängig sind, auf gravierende gesellschaftliche Spaltungen hin.

7. Risiken und Nebenwirkungen des wachsenden Wohlstands auf dem Land

Während somit die überwiegende Zahl der Städte beim Einkommenswachstum nicht mithalten kann, steigen auf dem Land die Einkommen – zumindest relativ – stärker an und sind vielfach inzwischen auch absolut höher als in den Städten.

Der damit einhergehende zunehmende ökonomische Wohlstand in der Mehrzahl der Landkreise bringt allerdings enorme ökologische Schäden mit sich. Nimmt man allein den Flächenverbrauch, der durch den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur und die Errichtung von privaten Wohnhäusern und Gewerbebauten ständig zunimmt, so hat das 'platte Land' eindeutig die ungünstigste Bilanz. Das zeigen Daten zur Entwicklung der [Zahl der Einwohner und des Verbrauchs von Siedlungs- und Verkehrsflächen](#) nach vier Raumtypen, die entsprechend ihrer Siedlungsstruktur unterschieden sind. In den am höchsten verdichteten *kreisfreien Großstädten* z.B. erhöhte sich demnach zwischen 2010 und 2015 die Einwohnerzahl um 2,4% und der Flächenverbrauch um 1,1%. In den *dünn besiedelten ländlichen Kreisen* hingegen verminderte sich die Zahl der Einwohner um 1,3%, dennoch stieg dort der Flächenverbrauch um 3,5%. Für die anderen beiden Raumtypen, die nach ihrer Dichte zwischen diesen Extremen liegen, ergeben sich Werte innerhalb dieser Spannweiten. Die kräftig wachsenden Pro-Kopf-Einkommen ermöglichen es offensichtlich den Bewohnern vieler ländlicher Kreise, selbst dort wo die Einwohnerzahlen schrumpfen, immer mehr Flächen in Anspruch zu nehmen. Ein unübersehbares Anzeichen dafür sind die scheinbar endlos weiter wachsenden Neubaugebiete mit Einfamilienhäusern, die sich in immer größer werdenden Ringen um nahezu jedes Dorf in Deutschland legen. Neben dem gigantischen Flächenverbrauch, der ökologische Schäden (z.B. Verlust von Habitaten für Flora und Fauna, Artenschwund) mit sich bringt und zur weiteren Zersiedelung der Landschaft führt, wird obendrein in hohem Maß zusätzlicher Verkehr erzeugt.

Ein Großteil des Zuwachses im PKW-Bestand, der 2000 bis 2019 in Deutschland von 41,3 auf 47,1 Millionen Fahrzeuge geklettert ist, dürfte auf die wuchernden Siedlungsstrukturen in vielen Landkreisen zurückgehen. So liegt die PKW-Dichte nach Angaben des *Statistischen Bundesamtes* in den am stärksten 'motorisierten' Landkreisen um 700 bis 800 PKWs je 1000 Einwohnern, während es in den am wenigsten autoaffinen Städte nur um die 400 sind – und in Berlin lediglich 335 PKWs auf 1000 Einwohner kommen. An den zentralen Verkehrsachsen und -knotenpunkten bewirkt die weiter wachsende private Motorisierung, die noch durch kräftig zulegenden Wirtschaftsverkehr verstärkt wird, eine Zunahme von Staus, sowie wachsende Lärm- und Abgasbelastungen. Dass sich die Siedlungsstrukturen nicht weiter in die skizzierte Richtung entwickeln dürfen, wenn man diese Schäden begrenzen und den Klimawandel stoppen will, ist offenkundig – jedenfalls wenn man die gegenwärtigen und derzeit absehbaren technologischen Rahmenbedingungen voraussetzt.

So sehr also der ökonomische Aufstieg den meisten Menschen auf dem Land ein Mehr an Wohlstand bringt und sie inzwischen den typischen Stadtbewohner nach ihrem Einkommen übertreffen, ist diese Entwicklung doch ökologisch nicht nachhaltig. Und während die ökologischen Konsequenzen dieser Prozesse zumindest eindeutig mit naturwissenschaftlichen Methoden belegbar sind – wenngleich daraus noch keine hinreichenden staatlichen Gegenmaßnahmen folgen – bleiben die sozialen und politischen Folgen der vielfältigen Spaltungen zwischen Land und Stadt weitaus schwieriger zu erkennen und belasten zunehmend den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Anmerkung: Aus Gründen der sprachlichen Vereinfachung und zur besseren Lesbarkeit wird bei Aussagen zu mehreren Personen das generische Maskulinum verwendet, wenn sich keine geschlechtsneutrale Formulierung anbietet. Gemeint sind immer alle Geschlechter, wie es auch beim generischen Femininum für Pluralformen der Fall ist.